



Hanseatisches Oberlandesgericht  
Justizprüfungsamt für die staatliche Pflichtfachprüfung

---

**Zulassungsgesuch zur staatlichen Pflichtfachprüfung**

**I. Angaben zur Person**

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname(n)

\_\_\_\_\_  
ggf. abweichender Geburtsname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ/Wohnort

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Geburtsort

\_\_\_\_\_  
Geschlecht (m/w/d)

\_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit(en)

\_\_\_\_\_  
Familienstand

\_\_\_\_\_  
Mobil-/Telefonnummer

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

**II. Angaben zum Ausbildungsgang**

**1. Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung**

\_\_\_\_\_  
Institut

\_\_\_\_\_  
Datum

**2. Hochschulstudium**

\_\_\_\_\_  
Studienbeginn der Rechtswissenschaften (Datum)

\_\_\_\_\_  
in (Ort der Universität)

\_\_\_\_\_  
besuchte Hochschule(n)

\_\_\_\_\_  
letzte Matrikelnummer

\_\_\_\_\_  
Unterbrechung (mit Gründen)

Ich war in den letzten beiden Semestern / drei Trimestern an folgender Hochschule im Studiengang Rechtswissenschaften eingeschrieben:

**Bucerius Law School**

**Universität Hamburg**

Gesamtstudiendauer im Fach Rechtswissenschaften

Semester

Trimester

\_\_\_\_\_  
Studiendauer

### 3. Andere Ausbildungsgänge

---

Ausbildungsgänge

---

Abschluss

### 4. Auslandsaufenthalte

Werden diese (sofern erfolgt) als Zulassungsvoraussetzung nach § 13 HmbJAG verwendet?

**Ja** (Bitte [Anlage 1](#) - ggf. mehrfach – ausfüllen)

**Nein**

### III. Anmeldung zum Freiversuch nach § 26 HmbJAG

**Ja** (Bitte [Anlage 2](#) ausfüllen)

**Nein**

### IV. Aufsichtsarbeiten

Ich möchte die Aufsichtsarbeiten  **elektronisch**  **handschriftlich** anfertigen.

### V. Erneute Anmeldung

erneute Anmeldung **nach** einem bereits erfolgtem Prüfungsverfahren

---

JPA-Aktenzeichen des ersten Verfahrens

### VI. Interessenskonflikt

Mitteilung eines etwaigen Interessenkonfliktes bei Prüfer/innen in der mündlichen Prüfung  
(z.B. bei Lehrstuhlätigkeit)

---

Name der/des Prüferin/Prüfers

### VII. Datenweitergabe an Mitprüflinge

Ich bin damit einverstanden, dass mein Name und meine Tel.-Nr. den **Mitprüflingen** **meiner mündlichen Prüfungsgruppe** vorab schriftlich mitgeteilt werden.

**Ja**

**Nein**

### VIII. beizufügende Unterlagen

Folgende Unterlagen **sind** dem Zulassungsgesuch beizufügen:

<b>Beglaubigte Kopien:</b>	
Reifezeugnis oder sonstiger Nachweis der Berechtigung zum Hochschulstudium	<input type="checkbox"/>
Personalausweis oder Reisepass	<input type="checkbox"/>
<b>Original und Kopie:</b>	
Bescheinigung über das Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (Prüfungsbescheinigung gem. § 34 HmbJAG)	<input type="checkbox"/>
<b>Originale:</b>	
Nachweis über Semesterverlauf (Uni HH) oder Gesamtstudienbescheinigung (BLS)	<input type="checkbox"/>
Zwischenprüfungsbescheinigung	<input type="checkbox"/>
Leistungsnachweise („Scheine“) vgl. § 13 Abs. 2 HmbJAG	<input type="checkbox"/>
Praktikumsnachweise	<input type="checkbox"/>
handschriftlicher, tabellarischer Lebenslauf mit aktuellem Lichtbild	<input type="checkbox"/>

### IX. Hiermit beantrage ich meine Zulassung zur staatlichen Pflichtfachprüfung.

Ich versichere, dass ich mich bisher bei keinem anderen Juristischen Prüfungsamt zur Ablegung der staatlichen Pflichtfachprüfung angemeldet habe.

## X. Datenschutz

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das

Hanseatische Oberlandesgericht  
Sievekingplatz 2  
20355 Hamburg  
[poststelle@olg.justiz.hamburg.de](mailto:poststelle@olg.justiz.hamburg.de)

Der/Die Datenschutzbeauftragte des Hanseatischen Oberlandesgerichts ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg  
Sievekingplatz 2  
20354 Hamburg  
[datenschutzbeauftragte@olg.justiz.hamburg.de](mailto:datenschutzbeauftragte@olg.justiz.hamburg.de)

Ihre Daten werden für Zwecke der Durchführung des Zulassungs-, Prüfungs- und ggfs. Widerspruchsverfahrens verarbeitet. Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Abschluss der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der Hamburgischen Justiz vom 12. April 2011 in der jeweils geltenden Fassung (Justizschriftgutaufbewahrungsverordnung – JSchrAufbV) aufbewahrt. Danach gilt für die Prüfungsarbeiten eine Höchstfrist von 5 Jahren, für sonstige Prüfungsunterlagen von 50 Jahren.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. f) der Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO), das Hamburgische Juristenausbildungsgesetz (HmbJAG) sowie das Hamburgische Datenschutz-gesetz (HmbDSG).

Ihre personenbezogenen Daten werden während/nach Abschluss des Prüfungsverfahrens – soweit erforderlich – weitergegeben an

- Sachbearbeiter im Justizprüfungsamt
- die von der Justizverwaltung im Rahmen des Erforderlichen eingesetzten IT-Dienstleister
- die Prüfer Ihrer mündlichen Prüfung
- die von Ihnen besuchte Hochschule
- das Landesstatistikamt
- Einstellungsbehörden im Bereich des Öffentliches Dienstes (insbesondere zur Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst)
- sonstige Behörden (z.B. BAföG – Amt, Kindergeldstelle, Sozialversicherungsträger)
- bei eventuellem Widerspruchsverfahren: an Ihre schriftlichen Prüfer und die mit der Kostenbearbeitung betraute Verwaltung des Hanseatischen Oberlandesgerichts

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Hanseatische Oberlandesgericht, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Hiermit bestätige ich, von dieser Information Kenntnis erhalten zu haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift